



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XII/203 - 5. September 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 64834 - 39

Fernschreiber 0886 890

Einweise  
auf den Inhalt:

|                                       |      |
|---------------------------------------|------|
| Appell der Schriftsteller             | S. 1 |
| Washington hilft Warschau             | S. 2 |
| Alfred Nau: Die Wirkung eines Aufrufs | S. 4 |
| Perfektion des Massenmordes           | S. 7 |
| Die tägliche CDU-Lüge                 | S. 8 |

## Nicht wieder mitschuldig werden!

29- Nach den scheinbar deutschen Atomwissenschaftlern erhoben nun zwanzig deutsche Schriftsteller, darunter glänzende Namen der deutschen Literatur, als beschwörendes Mahner ihre Stimme gegen die Gefahren eines atomaren Wettrüstens. Dichter und Schriftsteller gelten als Gewissen der Nation oder sollen es sein, ihr Wort kann nicht so leicht in den Wind geschlagen werden. Sie haben für das geistige Leben eines Volkes eine besondere Verantwortung, sie erkennen eher Gefahren, die den Menschen und die Gesellschaft bedrohen, ihr Ohr vernimmt mit der Empfindlichkeit eines Seismographen früher das Knistern im Gehälk als der gewöhnliche Sterbliche. Die Mitschuld beginnt, wenn das eigene pochende Gewissen zum Schweigen gebracht und der Opportunität untergeordnet wird.

Die zwanzig deutschen Dichter und Schriftsteller, die in wohlabgewogenen, die innere Leidenschaft nicht verkehrenden Worten jede Regierung anklagen, die versucht, sich in das Atomwettrüsten einzuschalten, handeln nicht aus Klugheit und Berechnung, sie handeln aus dem Gewissen heraus. Vor ihrem geistigen Auge stand, als sie ihren Aufruf an die Vernunft und an das Gewissen der Deutschen richteten, das Versagen, ja oft Beiseitestehen der geistigen Elite unseres Volkes in den zwanziger und zu Beginn der dreissiger Jahre. Diese zwanzig deutschen Männer des Wortes wollen nicht mitschuldig werden an dem Mord auf der Strasse des Todes. Am Ende eines atomaren Wettrüstens, an dem sich viele Staaten beteiligen, steht mit Gewissheit die kollektive Selbstvernichtung der Menschheit. Einer der Unterzeichner des Aufrufs, der Hamburger Schriftsteller Karl Henny Jahn, gab ein erregendes Gespräch wieder, das er

5. September 1957

mit zwei aufgeweckten 14-Jährigen geführt hatte. Diese Jungen sagten ihm, sie wollen nichts lernen, da sie in zehn Jahren ohnehin tot sein werden; d'für würden schon die Politiker sorgen...

Der Heranbruch des Atomzeitalters stellt die Menschheit vor eine völlig neue Lage. Ihre Überwindung erfordert eine neue Ethik und eine neue Verhaltensweise. Man kann nicht der vielschichtiger Problematik der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts mit den Mitteln, Methoden und Denkgewohnheiten des voratomaren Zeitalters begegnen. Die Verantwortung jedes einzelnen Menschen in unserer Zeit ist ins Unermessliche gewachsen. Die zwanzig deutschen Dichter und Schriftsteller wollen durch ihre Mahnung an Vernunft und Gewissen dieser Verantwortung gerecht werden. Sie alle, die in den verschiedensten geistigen und religiösen Bereichen wurzeln, eint das Bestreben, im Verein mit allen positiven Kräften in der Welt, den Weg in den Abgrund zu stoppen. Sie bezogen hier in einer das deutsche Volk tief bewegenden Frage die klare Stellung, zu der Gewissen und Einsicht verpflichten; dass dies wenige Tage vor den Bundestagswahlen geschah, muss alle Unruhigen und Besorgten in unserem Volke aufhorchen lassen.

\*

#### Die Erklärung der Schriftsteller

In der Demokratie ist jeder Staatsbürger verantwortlich für das politische Geschick seines Landes. Noch mehr der Schriftsteller, der an der Meinungsbildung aktiv beteiligt ist. Deswegen appellieren die unterzeichneten freien Schriftsteller aus der Bundesrepublik, die in der Mehrzahl keiner Partei angehören, durch diesen Aufruf an die Vernunft und an das Gewissen der Deutschen:

Die atomare Aufrüstung ist eine Gefahr für die ganze Menschheit. Wir klagen die Atomstaaten in Ost und West an, durch ihr Wettüben mit atomaren Waffen, durch ihre fortgesetzten Versuchsexplosionen, das Leben aller Völker aufs Spiel zu setzen. Wir verlangen Achtung des Atomkrieges und Verbot weiterer Experimente zur kriegerischen Nutzung der Atomenergie.

Wir klagen jede Regierung an, die versucht, sich in das Atomwettüben einzuschalten. Je mehr Staaten Atomwaffen herstellen, besitzen oder einlagern, desto näher rückt die Katastrophe. Daher warnen wir vor einer Politik, die die Bundesrepublik in die Reihe dieser atomarüstenden Staaten stellt.

Wir wissen, dass die meisten Deutschen so denken wie wir. Es geht um die Existenz unserer Welt. Wir bitten alle Deutschen, am 15. September in Bewusstsein der Entscheidung über Sein oder Nichtsein zu wählen.

Stefan Andres,  
Axel Eggbrecht,  
Ernst Kreuder,  
J.v. Puttkammer,  
Paul Schurek,  
Wolfgang Weyrauch,  
Martin Kessel,

Josef Baur,  
Hans Hennecke,  
Wilhelm Ielmann,  
Gunttrau Prüfer,  
Max Stoffl,  
Adolf Czinno,  
Hans Riepl

Karlheinz Deschner  
Hans Henry Jahn,  
Erwin Piscator,  
Paul Schallück,  
Erich Franzen,  
Hans Dohrenbusch,

\* \* \*

Wendung in der USA-Polenpolitik

H.B. - Von der Öffentlichkeit unentmerkt und selbst von den politischen Publizisten kaum registriert, hat die amerikanische Regierung des Polen Gomulka quasi in den Status eines den USA befreundeten Landes erhoben: Das State Department lockerte die für den Ostblock nach dem "Eattle Act" geltenden Exportkontrollen für Polen so stark, dass amerikanische Produkte aller Art nun in ungehindertem Fluss in diesen um sein Oktober-Experiment so schwer ringenden kommunistischen Staat gelangen können.

Man muss sich vergegenwärtigen, was es bedeutet, dass von jetzt an auch sogenannte strategische Erzeugnisse amerikanischen Ursprungs bereitwillig einem Mitglied des Warschauer Blocks zur Verfügung gestellt werden. Schliesslich war das Ost-Embargo, das trotz aller Milderungen noch immer eine politische Waffe in der Hand der amerikanischen Regierung ist, dazu ausreichen, jede schwerindustrielle Stützung des sowjetischen Machtbereichs von vornherein zu unterbinden. Gegenüber Polen gelten diese Bedenken der USA-Strategie nun nicht mehr. Gomulka wird nicht nur seinen 90-Millionen-Dollar-Kredit erhalten, auch die so dringend notwendige Modernisierung und Rationalisierung der polnischen Industrie kann neuerdings mit amerikanischer Hilfe in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Ob es sich nun um Werkzeugmaschinen oder Stahlerzeugnisse, um Industrieanrichtungen oder Elektro-Produkte handelt, dem USA-Export nach Polen sind keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt.

Nur gegenüber einem nicht im westlichen Lager stehenden Staat hat das amerikanische Ausseministerium in der Vergangenheit eine ähnliche Grosszügigkeit bewiesen: Titos Jugoslawien bekam nicht nur amerikanischen Weizen, auch Düsenjäger und Tanks der modernsten Bauart fanden den Weg in Jugoslawiens Adria-Häfen. Doch in diesem Falle gilt immer zu berücksichtigen, dass der Belgrader Staatschef 1948 nutzig Stalin trotzte und seit diesem Zeitpunkt nicht mehr der Botmässigkeit des Krenl untersteht. Auch dem kollektiven Nachfolger-Gespinn gegenüber bewahrte der Belgrader Staatschef seine Unabhängigkeit.

Umso bedeutsamer ist es, wenn Dulles gegenüber Polen das

Mittel des Kalten Krieges fallen lässt, in dessen frostiger Periode das Ost-Embargo geschaffen wurde. Sicherlich wäre die Prophezeiung, Amerika bereite sich auf eine Revision seiner gesamten Osthandelspolitik vor, etwas voreilig. Aber immerhin deutet die jetzige Schwenkung an, dass Washington den polnischen KP-Chef nicht mehr unbedingt als Statthalter Moskaus betrachtet und mit allen Kräften versucht, das Gomulka-Experiment wirtschaftlich gegenüber den Elementen der Katolin-Gruppe und Moskauer Revanche-Bestrebungen abzuschirmen. Da Gomulka eigener Weg nur zu Ende gegangen werden kann, wenn die Polen eine sichere wirtschaftliche Basis haben, kommt Amerikas Export-Lockerung der Bekundung allerhöchsten Wohlwollens seitens der Eisenhower-Regierung für das neue Polen gleich.

Ob die jetzige Bonner Regierung diesen tieferen politischen Sinn der jüngsten wirtschaftlichen Massnahmen der USA versteht, ist freilich zweifelhaft. NATO-Verblindung und Atomtausch rauben dieser Regierung schon seit Längem den klaren Blick für das, was jenseits des durchlöchernten Eisernen Vorhangs über die Bühne geht.

\* \* \*

#### Ein interessanter Überblick

sp- Von den insgesamt 247 Wahlkreisandidaten der SPD können 70 nachweisen, dass sie entweder aktive Sportler und Turner sind oder führend in der Sport- und Turnbewegung der Bundesrepublik tätig sind oder waren. Dies geht aus einer Aufstellung des Parteivorstandes der SPD hervor, die dieser Tage abgeschlossen wurde.

Unter den sozialdemokratischen Bundestagskandidaten befinden sich mehrere bekannte Inhaber von Ehrenämtern ihrer Sport- bzw. Turnverbände, eine ganze Reihe von Sportvereinsvorsitzenden und zahlreiche Funktionäre der Turn- und Sportbewegung. Fast alle waren nach 1945 am Aufbau der Turn- und Sportbewegung in der Bundesrepublik aktiv beteiligt. In dieser Aufstellung sind nicht enthalten die Bundestagskandidaten der SPD, die in einer amtlichen Eigenschaft z.B. als Sportdezernenten, Jugendpfleger o.ä. in ständigem Kontakt mit der Sport- und Turnbewegung stehen.

\* \* \*

K o n t o 9 0 0 0

Von Alfred Nau, Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Der Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an alle freiheitlich gesinnten Mitbürger mit der Bitte, Einzahlungen auf das Sonderkonto 9 000 beim Postscheckamt Köln vorzunehmen, war sicher ungewöhnlich. Das Echo in der deutschen Presse war vielfältig. Bemerkenswert ist, dass in einziger Kommentaren zum Ausdruck kam, dass die SPD "die Flucht in die Öffentlichkeit" angetreten habe, um die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, dass die CDU/CSU und ihre Satelliten mit einem mehr als hundert Millionen umfassenden Wahlfonds eine ungeheure Propagandalawine ins Rollen gebracht hat. Inzwischen haben die Wähler Tag für Tag erlebt, dass die Propaganda-Material-Schlacht der Regierungsparteien die Ankündigung der SPD bei weitem übertrifft.

Diese Tatsache wird sicher dazu beigetragen haben, dass der bisherige Erfolg des SPD-Aufrufs weitaus grösser ist, als selbst Optimisten sich das zunächst vorgestellt hatten. Wenn man sich vergegenwärtigt, was der einzelne, der bereit ist, der SPD eine Spende zu geben, noch an Umständen auf sich nimmt, um dieses Geld einzuzahlen, dann erhält diese Spende einen besonderen Wert. Man überlege: Von Lesen einer Zeitungsanzeige bzw. Inseratenteilnahme bis zur Postart und bis zum Ausfüllen einer Zahlkarte ist oft ein weiter Weg. Diese Belastungen haben bis zum heutigen Tage mehrere tausend Wähler auf sich genommen.

Es mag interessieren, wer sind diese Wähler? Sie kommen aus allen Bevölkerungsschichten. Es sind Rentner, Arbeiter, Angestellte, Beamte aller Grade, Handwerker, kleine Fabrikanten, sehr viele Angehörige der akademischen Berufe, Ingenieure, Architekten, Ärzte, Professoren und eine ganze Reihe von Pfarrern beider Konfessionen, Kirchen- und Oberkirchenräte.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind es Lohnsteuerpflichtige, die von ihrem versteuerten Einkommen ihre Spende leisten. Während die Finanziers der CDU/CSU, die Grossunternehmungen der Industrie, ihre Spenden mit bis zu 50 % von ihren Steuerverpflichtungen absetzen können, haben diese Einzahler dazu keine Möglichkeit, da beim Lohnsteuerpflichtigen eine Spende nur dann abzugsfähig ist, wenn der monatliche Pauschalbetrag von DM 52.-- mit diesem Betrag überschritten wird.

Viele Einzahler haben die Zahlkartenabschnitte dazu benutzt, um Bemerkungen zu notieren, die für den Empfänger ausserordentlich aufschlussreich sind. Hier einige Beispiele:

"Weg mit Adenauer" - DM 1.-- aus Berlin,

"Alles zur Zeit Verfügbar für den Sturz Adenauers" - DM 100.-- aus Hannover,

"Als Antwort auf die unerhörten Beschimpfungen seitens des Bundeskanzlers" - DM 5.-- aus Dortmund,

"Als Flüchtling aus Ostpreussen von meiner Rente - DM 20.-- für die SPD" - aus Kassel,

5. September 1957

- "In besonderer Dankbarkeit für Ihren Kampf um die Rentenreform" + DM 20.-- aus München,
- "Als Familienvater von 4 kleinen Kindern und Unterstützungsempfänger sei mein Betrag von DM 1.-- hoffentlich auch willkommen" - aus Berlin,
- "Gern hätte ich einige Nullen an den Betrag gehängt, aber ich bin kein Verwandter von Adenauer" - DM 3.-- aus Frankfurt,
- "Wir sind Rentner 77 und 86 Jahre. Hals- und Beinbruch für den Wahlkampf" - DM 3.-- aus Feucht in Bayern,
- "Als kleinen Dank für grosse Mühe für Aufbesserung als Angestellten-Rentner" - DM 5.-- aus Bielefeld,
- "Zur Unterstützung Ihres schweren Wahlkampfes gegen die Mächenschaften der CDU" - DM 50.-- aus Keurenkirchen,
- "Ich bin kein Parteimitglied, aber es ekelt mich an, wenn man die Argumente des Adenauer lesen muss" - DM 6.-- aus Hamburg,
- "Ein Stundenlohn für die Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten" - DM 2.-- aus Berlin,
- "Für einen Erfolg im Wahlkampf". Vier Inassen eines Altersheims - DM 23.-- aus Düsseldorf,
- "Ich habe gelesen und habe geschaltet, habe meiner Tochter gesagt, komm, ein Scherzlein tun wir auch dabei" - DM 2.-- aus Heringer,
- "Leider kann ich nicht mehr spenden, bin ein kleiner Invalidenrentner" - DM 5.-- aus Nürnberg,
- "Beitrag zum Kampf gegen die Bundesligonpartei" - DM 50.-- aus Münster/Westf.,
- "Parteiloser Staublungenkrancker 100 %. Vier Jahre Invalide, 57 Jahre alt" - DM 5.-- aus Hamm,
- "Gott segne Sie und gebe Ihnen einen überragenden Erfolg, weil Sie sich zwar nicht "christlich" nennen, dafür aber am allerchristlichsten handeln" - DM 10.-- aus Krefeld,
- "Als Anerkennung Ihres Einsatzes gegen die Oder-Neisse-Linie" - DM 250.-- aus Flensburg,
- "Kein eingeschriebenes Mitglied. Meine Stimme folgt am 15.9." - DM 10.-- aus Wuppertal,
- "Als Dank für die Rentenerhöhung" - DM 20.-- aus Bentheim,
- "Wieder mit der Alleinhererschaft der CDU" - DM 5.-- aus Bonn,
- "Ich wünsche guten Erfolg. Höchste Zeit, dass Adenauer verschwindet" - DM 5.-- aus Kamen,
- "Zweite Rate. Als dankbarer Rentner" - DM 20.-- aus Hamburg,

- "Nie wieder ein 1933" - DM 50.-- aus Braunschweig,
- "Für soziale Sicherheit und gegen Atomkrieg. Bin der SPD nahestehender Arbeiter" - DM 10.-- aus Waiblingen,
- "Obwohl ich für den Rest von 18 Tagen im August nur noch DM 30.-- zur Leben habe, spende ich der SPD DM 2.--, damit die SED den Wahlkampf gewinnt. Gruss aus Berlin",
- "Als Anerkennung für die Opfer des Naziregimes von einer Witwe eines im Kz Sachsenhausen ermordeten Widerstandskämpfers" - DM 50.-- aus Flensburg,
- "Als ausgebombter Invalide" - DM 10.-- aus Bären,
- "Sorgen Sie für eine völlige Kehrtwendung in der Aussen- und Innenpolitik. Zwei Weltkriege und die Tatsache von Hiroshima sollten uns Deutschen genügen." - DM 5.-- aus Kiel,
- "Gegen den schwarzen Konrad!" - DM 58,25 aus Hildesheim,
- "Als Anerkennung und Dank für erfolgreiches Bemühen in der Renten-gesetzgebung." Von einem Knapfschleiferrentner - DM 20.-- aus Herne,
- "Die Spende verbindet mit den allerbesten Wünschen. Eine alte Heimatvertriebene" - DM 10.-- aus Wilhelmshaven,
- "Ich wünschte nur, dass alle Hand- und Kopfarbeiter der Partei ihre Stimme geben, welche ihre Interessen vertritt" - DM 5.-- aus Kiel,
- "Als Ausgewiesener und Soforthilfeempfänger bin ich leider nicht in der Lage, für die Wahlhilfe der SPD mehr als DM 5.-- zu spenden" - aus Töging/Inn,
- "Hätte gerne mehr gespendet, aber da ich seit der Rentenreform statt mehr, viel weniger habe, gibt es leider nicht, mehr zu spenden" - DM 5.-- aus Köln,
- "Für Freiheit des Geistes" - DM 500.-- von einer Lehrerin aus Hamburg,
- "Ich bin kein Sozialdemokrat und werde FDP wählen. Bitte nehmen Sie meinen Beitrag, weil ich Ihre Wahlschwierigkeiten verstehe und achte" - DM 20.-- aus Heidelberg,
- "Als ehemaliger Wähler der CDU" - DM 50.-- aus Eckweiler,
- "Ihre illustrierte Wahlkampfzeitungen zeigen in meisterlicher, ja dramatischer Weise, um was es bei den Bundestagswahlen am 15. September 1957 geht. Meiner Eindruck war so nachdrücklich, dass meine Frau und ich uns entschlossen, auf unsere Ferienreise in September 1957 an den Gardasee (für 5 Tage) zu verzichten. Das hat es uns möglich gemacht, die ersten DM 100.-- auf Ihr Sonderkonto \$ 000 zu überweisen" - Ein Volkswirtschaftler aus Nürnberg,
- Aus der Zuschriften, von denen wir nur wenige veröffentlichten

können, geht eindeutig hervor, dass

mehr als 90 % der Einzahler keine Mitglieder der SPD sind,

(Die Mitglieder der SPD haben seit Januar dieses Jahres durch Kauf von Wahlfondsmarken monatlich einen zusätzlichen Beitrag zum Wahlkampf gegeben.),

diese Beiträge als Protest gegen die Wahlkampfführung von Adenauer und den gross angelegten Versuch, durch eine "Material-Schlacht" Verwirrung bei den Wählern anzustiften, zu werten ist.

Es lässt sich jetzt schon sagen, dass der Aufruf an alle freiheitlich Gesinnten nicht nur ein finanzieller, sondern insbesondere ein moralischer Erfolg für die deutsche Sozialdemokratie ist.

\* \* \*

### Menschenopfer

-s. Linus Pauling ist Professor der Biochemie am Californischen Institut für Technologie. Er ist einer der Nobelpreisträger für Chemie und Initiator jenes Aufrufs von 2 000 amerikanischen Wissenschaftlern, in dem die drei Atommächte aufgefordert wurden, alle Versuchsexplosionen mit Atom- und Wasserstoffbomben einzustellen.

Am 30. August sprach Pauling vor der Stadtervereinigung an der Universität Oslo. Dort verlangte er, dass kein Menschenleben mehr geopfert werden dürfe, um die Atomwaffe zu perfektionieren. Das geschehe jedoch noch immer bei den Versuchsexplosionen. Jede Explosion einer solchen Superbombe erhöhe die Zahl der Erkrankungen an Blut- und Knochenkrebs, und ungefähr in einer Generation würden vielleicht Hunderttausende von Kindern mit ernsthaften Defekten geboren. Selbst wenn die Versuchsexplosionen sofort eingestellt würden, wird die Menge des von den bisherigen Versuchen verursachten radioaktiven Niederschlags in den nächsten fünfzehn Jahren alljährlich zunehmen.

Werden die Versuche im bisherigen Umfang fortgesetzt, muss man damit rechnen, dass auf der Erde - niemand weiss, wo der Niederschlag geschehen wird - gegen fünftausend Kinder mehr als sonst mit ernsthafte[n] Gebrechen geboren werden. Über solche Wirkungen auf die Gesundheit kommender Generationen herrsche einhellige Meinung bei den Fachgelehrten in aller Welt.

Die Wissenschaft könne nicht die politischen Probleme der Erde lösen, so sagte dieser Professor der Biochemie. Jedoch müssten die Politiker erkennen, wie sehr die Welt verändert sei, seitder die Freisetzung der gewaltigen Kräfte der Kernspaltung gelungen ist. Ein Krieg mit den bisher entwickelten Kernwaffen bedeute eine gegenseitige Verwüstung solchen Umfangs, dass man an die Unmöglichkeit eines solchen Krieges glauben müsse. Eine von den grössten dieser neuen Bomben habe eine fünfzahn Mal grössere Wirkung als alle Bomben zusammengenommen, die im zweiten Weltkrieg abgeworfen wurden. Eine einzige von ihnen könne New York oder London oder Moskau ausradieren. - \* \* \* - 8 -



Merkwürdiges "Beweismaterial"

sp- Die Untergangsthese des Bundeskanzlers lässt seine Nachbeter nicht ruhen. Um zu "beweisen", dass die Sozialdemokraten doch verkappte Kommunisten sind, veröffentlichte die "Neue Passauer Presse" die von einer illegal verbreiteten KP-Zeitung aufgestellte Behauptung, der SPD-Distriktleiter eines rheinisch-westfälischer Wahlkreises habe sich verpflichtet, jede antikommunistische Aktivität zukünftig zu unterlassen. Dafür würden ehemalige Kommunisten in diesem Wahlkreis das Wahlmaterial der SPD verteilen.

Ist es schon rührend, dass ausgerechnet CDU-Blätter illegale kommunistische Zeitungen als Zeugen gegen die SPD aufrufen, so enthebt es uns doch nicht der Verpflichtung, diesen Unsinn als faustdicke Lüge zu kennzeichnen und zurückzuweisen.

Der Parteivorstand der SPD hat auch in diesem Falle die "Neue Passauer Presse" aufgefordert, die Verunglimpfungen der SPD zurückzunehmen und behält sich weitere Schritte vor.

\* \* \*

Berichtigung

Die Rechtsanwälte Dr. Wolfgang Schneider und Fritz Aretz, Sozien des verstorbenen CDU-Bundestagsabgeordneten und Rechtsanwaltes Dr. Otto Lenz, haben uns nachstehende Berichtigung übermittelt:

"Die in dem Artikel "Kommt die Lawine ins Deutsche" von Helmut Schmidt, MdB (SPD-Pressedienst von 26.8.1957, Seite 1 und 2) aufgestellten tatsächlichen Behauptungen über die Art der Beziehungen von Herrn Dr. Lenz, seinen Büro und seinen Sozien zu internationalen Rüstungsfirmen sind unwahr."

\*

Diese Berichtigung ging am 4.9.1957 bei uns ein. Am Vortage, am 3.9.1957, war in unserer Redaktion ein Herr erschienen, stellte sich als "Vertreter der internationalen Waffenfirma Hispano-Suiza" vor und wollte uns die obenstehend veröffentlichte Berichtigung im Auftrage der Rechtsanwälte Dr. Schneider und Fritz Aretz übergeben. Wir haben den Versuch der Aushändigung dieser Berichtigung der beiden Rechtsanwälte durch einen Vertreter der internationalen Waffenfirma Hispano Suiza zurückgewiesen, wundern uns aber heute noch - besonders angesichts der obenstehenden Berichtigung, dass die Sozien des verstorbenen CDU-MdB Lenz ausgerechnet einen Vertreter der internationalen Waffenfirma Hispano Suiza als Boten benutzen...

\* \* \*

----- Verantwortlich: Günter Marksoeffel